

Dokumentation der Informationsveranstaltung zur Notunterkunft Walzmühle
am 18. Dezember 2023

Impressum

Herausgeberin:

Stadt Ludwigshafen am Rhein

Bereich Kommunikation und Beteiligung

Sigrid Karck

sigrid.karck@ludwigshafen.de

Simone Müller

simone.mueller@ludwigshafen.de

Sandra Hartmann

Sandra.hartmann1@ludwishafen.de

Telefon 0621 504-3013

Postfach 21 12 25

67012 Ludwigshafen

www.ludwigshafen.de

Stand: Januar 2024

Erstellt durch:

Team Ewen GbR

Hügelstraße 19

64283 Darmstadt

Bettina Vollmer

bettina.vollmer@team-ewen.de

Termin:	18. Dezember 2023, 19 Uhr bis 21.30 Uhr
Ort:	Pfalzbau Ludwigshafen
Teilnehmende:	Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck (Stadt Ludwigshafen) Sozialdezernentin Beate Steeg (Stadt Ludwigshafen) Bürgermeisterin Prof. Dr. Cornelia Reifenberg (Stadt Ludwigshafen) Finanz- und Ordnungsdezernent Andreas Schwarz (Stadt Ludwigshafen) Baudezernent Alexander Thewalt (Stadt Ludwigshafen) Jakob Lenz (Moderation team ewen GbR) Yvonne Knapstein (Moderation team ewen GbR) Bettina Vollmer (Moderation team ewen GbR)
Protokoll erstellt:	25. Januar 2024, Bettina Vollmer (team ewen GbR)



Zur Ausgangslage:

Die Stadt Ludwigshafen muss in den kommenden Monaten binnen kurzer Zeit eine wachsende Anzahl Geflüchteter unterbringen. Die verbleibenden Unterbringungskapazitäten werden voraussichtlich bis spätestens Ende 2023 erschöpft sein. Aufgrund der Dynamik bei den Zugangszahlen in Rheinland-Pfalz muss auch mit einer kurzfristigen Steigerung der Zuweisungen nach Ludwigshafen gerechnet werden. Die Suche nach weiteren (Not-)Standorten läuft bereits. Aktuell gibt es keine Anzeichen für einen Rückgang der Zahlen. Die Stadt muss somit für 2024 mindestens mit der gleichen Anzahl von Zuweisungen rechnen. Die Unterbringungskapazitäten müssen drastisch erhöht werden, um der gesetzlichen Aufnahmeverpflichtung nachzukommen. Die Unterbringung dieser gleichzeitig schwer zu prognostizierenden Zahl Geflüchteter stellt die Stadtverwaltung Ludwigshafen vor enorme Herausforderungen.

Aufgrund der aktuellen Kapazitäten und der erwarteten Zuweisungen in den kommenden Wochen und Monaten geht die Stadtverwaltung bei der Unterbringung nach einem abgestuften Verfahren vor, das kurz-, mittelfristige und langfristige Lösungen vorsieht. Manche dieser Lösungen sind reine Notlösungen.

Zunächst muss für die Zeit ab Anfang Januar 2024 kurzfristig eine weitere Notunterkunft eingerichtet werden, die vorübergehend genutzt werden soll. Diese Notunterkunft entsteht derzeit auf der Fläche des ehemaligen Supermarktes in der Walzmühle. Darüber hinaus schafft die Stadtverwaltung kurz- und mittelfristig in einem zweiten Schritt weitere Unterkünfte, die ab Frühjahr 2024 für die Unterbringung von Asylsuchenden und Geflüchteten zur Verfügung stehen sollen. Auch diese Standorte sollen als Notlösungen nur vorübergehend genutzt werden. Langfristig wird die Stadt außerdem Wohnmöglichkeiten an dauerhaft zu nutzenden Standorten errichten, die ab Ende 2024 nach und nach in Betrieb gehen können. Im Zuge dessen ist es geplant, die vorübergehend genutzten Standorte wieder aufzugeben.

Wichtige Prämisse für die Planung: Sporthallen, Turnhallen etc., also die Infrastruktur für Kinder und Jugendliche sowie Breitensport treibende Vereine bleibt bei der Unterbringung von Geflüchteten unangetastet. Diese zu nutzen, ist keine Option für die Stadt Ludwigshafen. Damit zieht die Stadt Ludwigshafen die Konsequenz aus einer der wichtigsten Lehren der Pandemie, wo insbesondere Kinder und Jugendliche extrem von den Restriktionen betroffen waren – mit den heute bekannten Folgen. Ausgeschlossen sind folgerichtig auch Flächen, die für den Bau neuer Kitas vorgesehen sind. Auch der Breitensport leistet einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dies würdigt die Stadtverwaltung mit ihrer Entscheidung. Ebenso ausgeschlossen sind Gemeinschaftshäuser als Orte des Vereinslebens.

Die Stadtverwaltung prüft ständig mögliche Optionen und bewertet diese. Einzige schnell umzusetzende Alternative zur Walzmühle wäre eine Belegung der Eberthalle. Diesen Schritt möchte die Stadtverwaltung vermeiden. Die Walzmühle als kurzfristige Interimslösung ist daher das Ergebnis eines Abwägungsprozesses, wohl wissend, dass alles nur eine Notlösung darstellen kann. Damit wird zugleich noch einmal der enorme Druck deutlich, unter dem die Stadtverwaltung agieren muss.

In diesem Kontext lud die Stadtverwaltung am 18. Dezember 2023 die Anwohnenden der Walzmühle zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung in den Pfalzbau ein. Die Stadtverwaltung informierte über das geplante Vorhaben und beantwortete Fragen. Die Veranstaltung wurde zeitgleich über den Youtube-Kanal der Stadt Ludwigshafen live gestreamt. Zwischenzeitlich waren über 300 Zuschauer*innen online zugeschaltet. Es bestand die Möglichkeit, per E-Mail Fragen einzureichen, die dann während der Fragerunden vor Ort eingebracht und beantwortet wurden. Die Aufzeichnung des Livestreams steht auch nach dem Bürgerforum zur Verfügung ([Dialog zur Unterkunft Walzmühle - 18.12.2023 \(youtube.com\)](https://www.youtube.com/watch?v=...)). Er wurde bis zum 25. Januar 2024 über 1.500 Mal aufgerufen.

TOP	Inhalt
0	Begrüßung Oberbürgermeisterin Steinruck begrüßt die Bürger*innen vor Ort und im Livestream. Anlass der Veranstaltung ist, über die zeitlich begrenzte Unterbringung von Geflüchteten in der Walzmühle zu sprechen. Oberbürgermeisterin Steinruck betont, dass das eine Informationsveranstaltung darüber sei, was geplant ist und keine Diskussion über das „Ob“. Zu Beginn begrüßt Oberbürgermeisterin Steinruck die Sozialdezernentin Beate Steeg, Bürgermeisterin Professor Dr. Cornelia Reifenberg, Ordnungsdezernent und Kämmerer Andreas Schwarz sowie Baudezernent Alexander Thewalt. Außerdem wird Christoph Heller der Ortsvorsteher der südlichen Innenstadt begrüßt. Zudem sind Vertreter*innen der Polizei anwesend. Namentlich der Leiter der Polizeiinspektion Ludwigshafen 1, Marco Weißgerber, und der stellvertretende Leiter der Polizeiinspektion Ludwigshafen, Martin Baumann. Oberbürgermeisterin Steinruck begrüßt ebenfalls das Moderationsteam bestehend aus Jakob Lenz, Yvonne Knapstein und Bettina Vollmer vom team ewen.
1	Eröffnungsgespräch Jakob Lenz fragt zu Beginn in einem Eröffnungsgespräch die Oberbürgermeisterin nach dem

TOP	Inhalt
	<p>Grund für die heutige Veranstaltung. Jutta Steinruck macht deutlich, dass die Stadt Ludwigshafen dazu gesetzlich verpflichtet ist, Geflüchtete unterzubringen. Bis weitere Unterkünfte im Stadtgebiet bereitstehen, wurde entschieden, geflüchtete Menschen übergangsweise in der Walzmühle unterzubringen. Steinruck betont, dass das keine leichte Entscheidung war, denn sie wisse um die Sorgen, die die Anwohnenden sich machen. Deswegen sei für heute diese Informationsveranstaltung angesetzt, um Fragen diesbezüglich zu beantworten. Zunächst ist wichtig zu betonen, dass die Unterkunft in der Walzmühle zeitlich befristet und nur eine Übergangslösung ist, da im September 2024 der Betreiber mit dem Umbau der Immobilie zu einem Fachmarktzentrum beginnt. Ab Januar 2024 werden nach und nach in kleineren Gruppen insgesamt bis zu 400 Menschen in der Walzmühle untergebracht sein. Es ist nicht klar, ob die maximale Belegungszahl erreicht wird. Das hängt davon ab, wie viel Menschen der Stadt Ludwigshafen zugewiesen werden. Zudem betont Oberbürgermeisterin Steinruck, dass die Erfahrung mit der Unterbringung von Geflüchteten zeigt, dass es viel weniger Schwierigkeiten gibt, als anfangs befürchtet.</p> <p>Jakob Lenz fragt darauffolgend, warum es eine Unterkunft in der Innenstadt sein soll. Die OB betont, dass die Walzmühle eine Notlösung und eine Übergangslösung ist, bis mehr Unterkünfte zum Beispiel in der Form von Leichtbauhallen zur Verfügung stehen. Klar ist, dass es keine Unterkünfte in Schulturnhallen, Veranstaltungshäusern oder in der Eberthalle geben wird. Außerdem werden keine Flächen genutzt, die für den Bau von Kindertagesstätten vorgesehen sind. Oberbürgermeisterin Steinruck betont, dass für den Stadtvorstand die Interessen von Kindern, Jugendlichen, Familien oder Vereinen Vorrang haben. Die Walzmühle ist groß genug und erfüllt zahlreiche Voraussetzungen für die Unterbringung von Geflüchteten: Vom Sicherheitsmanagement bis hin zu Integrationsangeboten.</p> <p>In Hinblick auf die Frage von Jakob Lenz, was für die Oberbürgermeisterin ein gutes Ergebnis des heutigen Abends ist, antwortet diese, dass die Anwohnenden sich gut informiert fühlen und nachvollziehen können, warum die Stadtverwaltung die Entscheidung treffen musste. Außerdem wünscht sie sich eine respektvolle Diskussionskultur.</p>
2	<p>Gesetzliche Grundlagen und Implikationen für Ludwigshafen</p> <p>Nach dem Eröffnungsgespräch werden im Gespräch zwischen Yvonne Knapstein und Sozialdezernentin Beate Steeg die gesetzlichen Grundlagen und Anforderungen an die Stadtverwaltung entwickelt. Untermauert ist das Gespräch mit Präsentationsfolien. Zu Beginn erläutert Beate Steeg, dass die Zuteilung der Geflüchteten nach dem Königsteiner Schlüssel erfolgt. Konkret bedeutet das, dass Ludwigshafen 4,5% der Geflüchteten in Rheinland-Pfalz aufnimmt. Zunächst kommen die Menschen in die Erstaufnahmeeinrichtungen und von dort aus dann z.B. nach Ludwigshafen.</p> <p>Yvonne Knapstein fragt anschließend, wie sich die Zahlen der Geflüchteten entwickelt haben. Es gab Höhepunkte in den Jahren 2015 und 2016 und dann wieder 2022. Für Ludwigshafen heißt das, dass derzeit rund 1.700 Menschen schon untergebracht sind in den Unterkünften. Etwa 1.000 davon haben schon die Aufenthaltserlaubnis. Beate Steeg betont, dass der Wohnungsmarkt in Ludwigshafen sehr angespannt sei und es demnach für die Geflüchteten schwierig sei, eine Wohnung zu finden. Insofern braucht die Stadt Zeit, um neue Unterkünfte zu schaffen, wie z.B. Leichtbauhallen. Steeg macht klar, dass die Stadt keine Unterkünfte in den Schulturnhallen, Gemeinschaftshäusern und Kindertagesstätten plant. Auch Neubauten und die Eberthalle sollen geschont werden. Priorität haben Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie Bildungsangebote.</p>
3	<p>Ausstattung Notunterkunft Walzmühle</p> <p>Jakob Lenz stellt im Anschluss die Frage nach der konkreten Unterbringung in der Walzmühle. Sozialdezernentin Beate Steeg erläutert, dass in der Walzmühle auf der Fläche des</p>

TOP	Inhalt
	<p>ehemaligen Marktes die Notunterkunft erstellt wird. Im Erdgeschoss und im Obergeschoss entsteht so eine Unterkunft für eine Maximalauslastung von 400 Menschen, die sukzessiv kommen. Es wird vier Plätze pro Koje geben, sowie sanitäre Anlagen und die Möglichkeit zum Kochen. Zudem wird es einen Aufenthaltsraum im Obergeschoss geben.</p> <p>Die Walzmühle wird von einem Betreiber betreut und es wird eine Securityfirma eingesetzt. Aber auch die Polizei wird präsent sein sowie der kommunale Vollzugsdienst. Zudem wird für die Bürger*innen eine zentrale Stelle geschaffen, an die man sich mit Sorgen und Anliegen wenden kann. Die E-Mailadresse ist buergereinformatio-n-asyl@ludwigshafen.de oder telefonisch unter 0621 504-3892.</p> <p>Aber auch für die Geflüchteten sind spezielle Integrationsangebote vorgesehen. Sozialarbeiter werden vor Ort sein und es wird Integrationsangebote geben (Spracheinstufung mit dem BAMF).</p>
4	<p>Plenumdialog</p> <p>Jakob Lenz führt vor dem Plenumdialog aus, dass die Moderation zunächst mehrere Fragen sammelt, um sie dann gebündelt durch die Stadtverwaltung beantworten zu lassen. Nach jeder Runde werden zusätzlich Fragen aus dem Netz ergänzend eingespielt. Im Anschluss fragt Lenz ins Publikum, wer Anwohner*in aus der Innenstadt ist und die jeweilig Betroffenen melden sich per Handzeichen. Weitere Fragen sind: Wer ist als Vertreter*in des örtlichen Gewerbes da?, Wer kommt nicht aus der Innenstadt?, Wer kommt nicht aus Ludwigshafen? Im Ergebnis zeigt sich, dass die Mehrheit der Anwesenden Anwohner*innen aus der Innenstadt sind.</p> <p>Zwei große Themenkomplexe der ersten Fragerunde drehen sich um die Frage Schule und Sicherheit.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sicherheit und Ordnung: Wie wird für Sicherheit rund um die Walzmühle gesorgt? Finanz- und Ordnungsdezernent Andreas Schwarz antwortet auf die Frage: Der KVD, ein Team vom Umweltbaudezernenten und die Umweltkontrollbehörde werden für Sicherheit und Ordnung sorgen. Außerdem unterstützen Polizei und die Bundespolizei. Er betont auch, dass es keinen Anlass für Sorgen vor Straftaten gibt. Hierfür gibt es keine objektivierbaren Beobachtungen der Polizei. Dennoch wird der KVD vor der Walzmühle präventiv präsent sein und auch situativ reagieren. Auch Oberbürgermeisterin Steinruck betont, dass es in den bereits bestehenden Unterkünften für Geflüchtete keine Sicherheitsbedenken gibt und macht deutlich, dass keine Menschen im Vorfeld kriminalisiert werden sollten. - Schulen: Werden Kinder unter den Geflüchteten sein? Und wo werden die geflüchteten Kinder in die Schule gehen? Die naheliegende Brüder-Grimm-Schule sei schon jetzt überlastet. Eine weitere Frage ist: Wie wird die Sicherheit der Kinder gewährleistet, die täglich an der Walzmühle vorbei zur Schule laufen. Bürgermeisterin Professorin Cornelia Reifenberg als Zuständige für das Thema antwortet, dass noch nicht klar ist, ob Kinder unter den Geflüchteten sein werden. Bekannt ist jedoch, dass die Kinder traumatisiert sein werden. Demnach wird es außerhalb des schulischen Kontextes niederschwellige Angebote geben (z.B. die städtische Jugendhilfe und auch die freien Träger der Jugendhilfe werden Angebote für Basteln/ Spiele, Bewegungsangebote unterbreiten). Bezogen auf die Frage der Schulen sagt Reifenberg, dass das Land Rheinland-Pfalz zuständig ist für die Beschulung und nicht die Stadt Ludwigshafen. Die Stadt ist jedoch mit dem Land in Abstimmung. Perspektivisch wird es bei denjenigen, die in der Walzmühle untergebracht werden, in dem kurzen Zeitraum dieser Notlösung wahrscheinlich nicht zur Beschulung kommen.

TOP	Inhalt
	<ul style="list-style-type: none"> - Aus dem Publikum wird die Frage gestellt, ob die Geflüchteten schnelles WLAN erhalten werden. Frau Steeg verneint die Frage und macht auf die gute Netzabdeckung in der Innenstadt aufmerksam. <p>Aus dem Livestream (mit ca. 300 Zuschauer*innen) werden von Bettina Vollmer die online eingereichten Fragen vorgebracht. Diese kreisen ebenfalls um die Standortwahl und möglicher Alternativen und der Frage nach Sicherheit. Oberbürgermeisterin Steinruck erläutert, dass die Stadt bereits seit längerem aktiv nach Flächen sucht. Die Suche gestaltet sich jedoch als schwierig, deswegen ist die Walzmühle momentan als Notlösung bis September 2024 geeignet. Sie ist auch eine günstigere Variante als Bürogebäude oder Hotels/Pensionen.</p> <p>Weiterhin ist auch im Publikum die Sicherheitsfrage drängend. Marco Weißgerber (Leiter der Polizeiinspektion Ludwigshafen 1) betont, dass bei den bisherigen Standorten in Ludwigshafen keine nennenswerten Ereignisse aus polizeilicher Sicht vorgekommen sind. Es kann zu Konflikten kommen aufgrund des Dichtestresses, gleichwohl haben sich diese Konflikte in der Regel im Inneren abgespielt. Weißgerber sagt zu, dass die Polizei die Belegung der Walzmühle umfangreich und intensiv begleiten wird. Aus dem Publikum kommt ergänzend die Frage, wer sich um die Sicherheit der Geflüchteten kümmert. Es wird die Sorge vor rechter Gewalt geäußert, woraufhin Oberbürgermeisterin Steinruck betont, dass die Polizei auch den Schutz nach innen im Blick hat und die Auflagen diesbezüglich sehr hoch sind. Vertreter der Polizei erläutern in dem Zusammenhang, dass sie auch Kriminalprävention betreibt (zum Beispiel in Schulen). Das Sicherheitskonzept nach innen wie nach außen könne nicht öffentlich diskutiert werden, ist jedoch vorhanden.</p> <p>Bezüglich der Gesundheitsversorgung wird deutlich gemacht, dass die Geflüchteten bei ihrer Ankunft in den Erstaufnahmeeinrichtungen Informationen und einen ersten Gesundheitscheck bekommen. Zudem wird gefragt, ob die Geflüchteten, die mit Traumata ankommen, betreut werden. Es gibt quer durch Rheinland-Pfalz verschiedene Traumazentren – in Ludwigshafen gibt es auch eines. Dort werden die Menschen angenommen, beraten und begleitet.</p> <p>Eine weitere Frage aus dem Publikum dreht sich darum, dass sich die Bürger*innen fragen, inwiefern sie demokratisch mitbestimmen dürfen. Wie kommt die Entscheidung der Unterbringung zustande? Oberbürgermeisterin Steinrück führt aus, dass Demokratie damit beginnt, dass Bürger*innen regelmäßig ihre Stimme für Menschen oder Parteien einsetzen und diese Menschen werden beauftragt, Themen zu bearbeiten. Demokratie heißt aber auch, dass man in einem Rechtsstaat lebt, in dem alle gezwungen sind, sich an die Gesetze zu halten. Beate Steeg habe es bereits deutlich gemacht, dass die Stadt Ludwigshafen nicht die Möglichkeit hat, keine Geflüchteten aufzunehmen. Die Stadt Ludwigshafen würde sich sonst rechtswidrig verhalten. Zudem betont Oberbürgermeisterin Steinruck, dass die Stadt einen humanitären Auftrag zu erfüllen habe und den Geflüchteten Schutz bieten müsse.</p> <p>Wie geht es nach September 2024 weiter, wenn die Walzmühle nicht mehr als Notlösung dient? Beate Steeg erläutert, dass bestehende Standorte verdichtet werden. Das sind Standorte, die zum Teil Hallen sind, aber auch abgeschlossene Wohneinheiten haben.</p> <p>Aus dem Publikum wird der Wunsch geäußert, Anfang 2024 eine Veranstaltung zur Vernetzung für Bürger*innen zu organisieren, die sich aktiv für die Geflüchteten engagieren wollen. Außerdem wird angemerkt, dass die geflüchteten Menschen angesichts des Fachkräftemangels eine große Chance für Deutschland sein könnten. Tatsächlich habe die Bundesregierung das bereits eingesehen und ein Gesetz auf den Weg gebracht, dass Geflüchtete einfacher arbeiten können. Gute Erfahrungen habe man in der Vergangenheit</p>

TOP	Inhalt
	<p>auch mit einer Jobmesse für Geflüchtete gemacht, die von Lu can help organisiert wurde. Es sei überlegenswert, dieses Angebot ggf. zu wiederholen.</p> <p>Der Ortsvorsteher (Innenstadt Süd) Christoph Heller ergreift nach dem Plenumdialog das Wort und hebt hervor, dass er die Anliegen der Bürger*innen nachvollziehen kann. Es sei eine herausfordernde Situation. Dennoch sei er davon überzeugt, dass die Akteure im direkten Austausch miteinander bleiben müssten und man das Beste aus der Situation machen sollte.</p>
5	<p>Abschluss</p> <p>Die Moderation fasst zum Abschluss die wesentlichen Ergebnisse des Abends zusammen: Es wurde deutlich, dass die Bürger*innen aus dem Publikum und die Zuschauer*innen aus dem Livestream Ängste und Sorgen hinsichtlich der Sicherheit und der Ordnung haben. Zugleich gab es eindeutig den Appell der Bürger*innen, dass die Stadt und die Bürger*innen die Geflüchteten willkommen heißen, mit Angeboten und ehrenamtlichen Tätigkeiten unterstützen und sie auch als Chance begreifen wollen.</p> <p>Oberbürgermeisterin Steinruck dankt zum Schluss für den offenen und ehrlichen Austausch. Sie macht deutlich, dass die Situation eine Herausforderung sei. Die Stadt Ludwigshafen habe keinen Entscheidungsspielraum, aber der Stadtvorstand hat sich gemeinsam der Verantwortung gestellt und die Herausforderungen gemeinsam aufgenommen. Sie hebt hervor, dass sie mit den Bürger*innen im Dialog bleiben möchte. Hier verweist sie nochmal auf die Anlaufstelle der Stadt Ludwigshafen (buergereinformatio-n-asyl@ludwigshafen.de oder telefonisch unter 0621 504-3892).</p>